

29. April 2010 (AF)

Studie belegt: Deutschland möchte rauchfrei sein Krebsgesellschaft fordert bundesweit einheitlichen Nichtraucherschutz

Berlin. Die Deutsche Krebsgesellschaft sieht sich in ihren Forderungen bestätigt und bekräftigt: Deutschland möchte rauchfrei sein. Eine nun vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) veröffentlichte Studie belegt, dass die Umsatzeinbußen in der Gastronomie schwächer ausfielen als von den Gastwirten zunächst befürchtet. Das RWI hat dabei in Zusammenarbeit mit der IHK Essen und Unterstützung durch die IHK Nürnberg im Juni 2008 eine Befragung in mehr als 600 Gastronomiebetrieben in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin ausgewertet. Die zwischen August 2007 und Juli 2008 auf Bundesländerebene eingeführten Rauchverbote im Gastgewerbe haben dort zu einem durchschnittlichen Umsatzrückgang von rund zwei Prozent geführt. Vor allem kurz nach Inkrafttreten der Rauchverbote kam es zu Umsatzeinbußen. Diese scheinen sich jedoch mit der Zeit abgeschwächt zu haben, heißt es in der Studie.

Die aus Sicht der Gastronomen beste Lösung zum Nichtraucherschutz sei mit weitem Abstand die Wahlfreiheit zwischen Raucher- und Nichtraucherbetrieb, gefolgt vom Rauchverbot ohne Ausnahmen und den bestehenden Nichtraucherschutzgesetzen.

Eine kanadische Studie (Alisa Naiman MHS c MD, Richard H. Glazier MD MPH, Rahim Moineddin PhD in CMAJ April 2010) belegte darüber hinaus erste Effekte des Rauchverbotes auf die Gesundheit in der Bevölkerung anderer Länder.

Über zehn Jahre haben die kanadischen Forscher die Auswirkungen des Rauchverbots in Toronto untersucht. Verglichen wurden dabei die Notaufnahmen ab 1996 (drei Jahre vor einem ersten Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden) mit der Zeit von 2004 bis 2006 (nach Einführung des heutigen strengen Rauchverbots). Die Rate der Patienten mit akuten Herz-Kreislauf-erkrankungen sank in dieser Zeit in den Kliniken um signifikante 39 Prozent, die Rate der Patienten mit akuten Atemwegserkrankungen sank um 33 Prozent. In Vergleichsregionen Kanadas ohne Rauchverbote gab es in dieser Zeit bei den Erkrankungen hingegen keine signifikanten Rückgänge.

„Gerade die kanadische Studie weist die Gefahr von Passivrauch eindrucksvoll nach“, so Dr. Johannes Bruns, Generalsekretär der Deutschen Krebsgesellschaft. Ihn verwundert es deshalb nicht, dass es kaum Auswirkungen auf den Umsatz in Restaurants gab: „Die Mehrheit der Bürger kennt die Gefahren und auch die Raucher sind verantwortungsvoll gegenüber Mitmenschen“.

Die Deutsche Krebsgesellschaft fordert erneut die Politik auf, endlich in Deutschland einen bundesweit einheitlichen Nichtraucherschutz ohne Ausnahmen zu etablieren. „Die jüngsten Daten sollten den Politikern nun aber wirklich den Mut geben, der Mehrheit der Bürger zu folgen und sich nicht länger zu Instrumenten der Tabaklobby zu machen“, verlangt Bruns weiter.

weitere Informationen: www.krebsgesellschaft.de

Pressestelle der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.

André Franck

Tel.: 03643 – 743749;

Fax: 03643 - 743536

E-mail: presse@krebsgesellschaft.de;

Internet: www.krebsgesellschaft.de

Telefon:

+49 (3643) 74 37 49

Telefax:

+49 (3643) 74 35 36

e-Mail:

presse@krebsgesellschaft.de

URL:

www.krebsgesellschaft.de

Presser-
information